

Basel, 6. März 2019

Medienmitteilung

Agrarpolitik 2022+: Bio Suisse fordert Stärkung nachhaltiger Produktionssysteme

Bio Suisse hat ihre Stellungnahme zur Agrarpolitik AP22+ eingereicht. Diese hat der Verband der Schweizer Bio-Bäuerinnen und -Bauern mit seinen 32 Mitgliedern erarbeitet. Die Agrarpolitik soll nun mutig Verbesserungen in der Land- und Ernährungswirtschaft angehen.

Letzten November hat der Bundesrat seinen Vorschlag für die AP22+ vorgelegt. Der Vorstand, die Gremien und die Mitgliedorganisationen von Bio Suisse haben sich intensiv mit dem 162-seitigen Dokument befasst. Die sechs zentralen Forderungen von Bio Suisse sind:

1. **Gezielte Förderung von nachhaltigen Produktionssysteme wie Bio:** Forschung, Bildung und Beratung sind stärker auf nachhaltige Produktionssysteme wie Bio auszurichten. Wie in den meisten Ländern der EU soll ein Ziel definiert werden, zum Beispiel 25 Prozent Bio-Fläche bis 2030.
2. **Ressourcenschonender Umgang mit Lebensmitteln:** Mehr nachhaltige Produktion erfordert auch die entsprechenden Märkte mit nachhaltigen Konsummustern. Auch die Konsumentinnen und Konsumenten sollen ihre Verantwortung wahrnehmen.
3. **Klima und Bodenfruchtbarkeit:** Sie sind für die AP22+ zentrale Themen, die mutige Lösungen erfordern. Der Bundesrat soll bestehende nachhaltige Systeme gezielt unterstützen (vgl. Punkt 1).
4. **Chancen der Nachhaltigkeit nutzen:** Gesellschaftliche Aufträge wie die UNO-Agenda 2030, der Klimavertrag von Paris, die Biodiversitäts- oder die Klimakonvention und die Umweltziele Landwirtschaft bieten Chancen, die es zu nutzen gilt. So werden Konsumentinnen und Konsumenten eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft auch in Zukunft unterstützen.
5. **Initiativen zu Pestiziden ernst nehmen:** Neben den Massnahmen in der AP22+ verlangt Bio Suisse einen griffigen Gegenvorschlag zu den beiden Pestizid-Initiativen (Trinkwasser-Initiative sowie die Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide). Dieser soll neben der Landwirtschaft auch die privaten und gewerblichen Anwender in die Pflicht nehmen.
6. **Auf Gentechnik verzichten und eine gentechnikfreie Schweizer Züchtung fördern:** Die AP22+ macht keine Aussagen zur Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft. Bio Suisse strebt die Verlängerung des Moratoriums nach 2021 an. Der Verband fordert auf der Basis der überwiesenen Motion Hausammann die Stärkung der Schweizer Züchtung.

Produktionssystembeiträge auch für Bio-Betriebe

Noch unklar ist, wie die neuen Produktionssystembeiträge ausgestaltet würden, welche die Extensio- und die Ressourceneffizienzbeiträge ablösen sollen. Die Beiträge sind vorgesehen für besondere Leistungen, beispielsweise für den Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide, eine bessere Nährstoffeffizienz oder Massnahmen zugunsten des Klimaschutzes oder der Bodenfruchtbarkeit. Bio Suisse setzt sich dafür ein, dass sämtliche Beiträge auch Bio-Betrieben zugänglich sein werden. Dies ist für einen Teil der heutigen Ressourceneffizienzbeiträge nicht der Fall.



Ablehnung Betriebsbeitrag

Mit der AP22+ wird die Einführung eines Betriebsbeitrages in der Grössenordnung von 3000 bis 5000 Franken vorgeschlagen, der jedem Betrieb unabhängig von der Grösse zustehen soll. Bio Suisse lehnt diesen ab und fordert, die ersten zwanzig Hektaren stärker zu fördern; ab fünfzig Hektaren sollen die Direktzahlungen pro Hektare abnehmen. Hintergrund dafür ist, dass auch diverse grosse Bio-Betriebe mit viel Handarbeit enorme soziale und ökologische Leistungen erbringen. Eine starre Obergrenze der Direktzahlungen, wie sie der Bundesrat vorschlägt, wäre für sie problematisch. Die bestehende Begrenzung pro Standardarbeitskraft soll beibehalten werden.

Unterstützung Sozialversicherungsschutz

Für die Ausrichtung von Direktzahlungen wird in der AP22+ ein angemessener, obligatorischer Sozialversicherungsschutz für mitarbeitende Ehegatten vorgeschlagen: Fehlt dieser, kann ein «angemessener» Teil der Direktzahlungen gekürzt werden. Bio Suisse unterstützt diese Bestrebungen im Grundsatz, da diese einen wichtigen Bestandteil der sozialen Sicherheit darstellen.

Weitere Informationen

Die detaillierte Stellungnahme zur AP22+ von Bio Suisse finden Sie unter: https://www.bio-suisse.ch/de/ap22_anhoerung.php

Kontakt

Lukas Inderfurth, Leiter Unternehmenskommunikation, 061 204 66 25, lukas.inderfurth@bio-suisse.ch
Martin Bossard, Leiter Politik, 076 389 73 70, martin.bossard@bio-suisse.ch

Bio Suisse ist die führende Bio-Organisation der Schweiz und Eigentümerin der Marke Knospe. Der 1981 gegründete Dachverband vertritt die Interessen seiner 6'423 Knospe-Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe. Zudem stehen 923 Verarbeitungs- und Handelsbetriebe unter Knospe-Lizenzvertrag. Die Knospe ist nachhaltig, weil sie den Menschen heute eine gute Lebensgrundlage bietet, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu beeinträchtigen. Dazu bringt sie die Interessen von Mensch, Tier und Natur ins Gleichgewicht. Damit dieses langfristig erhalten bleibt, kontrollieren unabhängige Stellen jährlich die ganze Wertschöpfungskette. www.bio-suisse.ch